

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

51. Sitzung
23. Januar 2020

Beginn: 13.00 Uhr
Schluss: 16:05 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Punkt 1 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0280](#)
BildJugFam
**Vorwürfe an der Staatlichen Ballettschule Berlin –
Sachstand zum gegenwärtigen Zeitpunkt**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Maja Lasić (SPD) bittet die Senatsverwaltung um einen Bericht über die Sachlage.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) erklärt, die Staatliche Ballettschule und Schule für Artistik Berlin vereine unter ihrem Dach die Abteilungen Bühnentanz, Artistik, Allgemeinbildung und ein Internat. Die Schule ermögliche ihren Schüler/inne/n eine künstlerische, allgemeinbildende und berufspraktische Ausbildung. Sie verfüge über ein hohes internationales Renommee. Die Schüler hätten Auftrittsmöglichkeiten. – 2019 sei die Schule in die Zuständigkeit der Stabsstelle für die zentral verwalteten Schulen im Land Berlin gewechselt, Schulaufsicht sei Frau Orgis. – SenBildJugFam habe schnell erkannt, dass Maßnahmen in den Bereichen Gesundheitsschutz, Arbeitsbelastung und Arbeitsbedingungen ergriffen werden müssten. Im ersten Schritt gebe es eine Kooperation mit dem OSZ Gastgewerbe zum Themenfeld Ernährung. Der Ende 2019 geschlossene Schulvertrag sehe eine konzeptionelle Weiterarbeit am Thema Ernährung an der Ballettschule vor. Seit Schuljahresbeginn gebe es eine geregelte sportmedizinische und erweiterte physiotherapeutische Betreuung, seit Jahresbeginn auch eine wöchentliche sportspsychologische Beratung.

Im Herbst habe es einen anonymen Hinweis zur sexuellen Belästigung an der Staatlichen Ballettschule gegeben. Daraufhin habe SenBildJugFam Gespräche mit der Schulleitung, dem künstlerischen Leiter, den Vertrauenslehrkräften und der Beratungslehrkraft geführt. Diese Gespräche hätten zu keinen weiteren Erkenntnissen geführt. Dennoch habe man die Einschaltung einer externen Moderation angekündigt, die sich ein Bild über mögliche Problemlagen verschaffen solle. Gewonnen habe man dafür die Intelligenz System Transfer GmbH, ein arbeitspsychologisches Institut. Die Geschäftsführerin, Dr. Sibylle Birth, habe Erfahrungen im Bereich der künstlerischen Tätigkeit. Am Vortag habe es einen ersten Studientag gegeben. Dabei sei das gesamte Kollegium befragt worden. Man müsse ein gemeinsames Verständnis zum Umgang mit psychischen und physiologischen Belastungen der Schüler/innen entwickeln. Unterschiedliche Sichtweisen müssten zusammengeführt werden, damit einheitlich erkannt werde, was einem Kind an der Schule zuzumuten sei und wo Belastungen darüber hinausgingen. – Die Eltern müssten Auftritten zustimmen, aber diese seien eine Belastung. Wenn Schüler/innen der 8. oder 9. Klasse einen Abendauftritt bis 22 Uhr hätten, dürfe der Unterricht am nächsten Tag nicht vor 12 Uhr stattfinden. Man habe den Eindruck, dass in Bezug auf die Einhaltung der Regeln Handlungsbedarf bestehe. – Es werde weitere Befragungen durch das Institut geben. Entwicklungsziel des Prozesses sei ein einheitliches Schulverständnis zum Thema Belastungen.

Der Vorwurf bezüglich sexueller Übergriffe werde ernst genommen. Eine Kommission sei eingerichtet worden, deren Leiterin sei Hannelore Trageser. Die Kommission sei der Gesamtkonferenz vorgestellt worden, eine Vollversammlung in der Schule habe stattgefunden. Die Kommission werde sich mit allen Vorwürfen auseinandersetzen. Dabei gehe Sorgfalt vor Schnelligkeit. Man werde Standards und Abläufe in Bezug auf Kommunikation und Kindeswohl festlegen. Man werde eine objektivierendere Sicht auf Belastungen vornehmen.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) meint, die Berichterstattung des RBB habe alle erschüttert. Bei derartigen geschlossenen Systemen bestehe die Gefahr, dass so etwas passiere. Gehöre zu der Aufarbeitung, dass mit Betroffenen, die nicht mehr an der Schule seien, gesprochen werde? Psychischer Druck und Essstörungen hätten lebenslange Folgen. Kinderschutz nach dem SGB VIII betreffe alle Kinder. Die Gesellschaft wolle, dass Höchstleistungen erreicht würden. Daher müsse man schon im frühen Kindesalter anfangen, an seine Grenzen zu kommen. Deswegen müsse man besonders hinschauen. Man müsse sich mit der Forderung auseinandersetzen, den Kinderschutz im Schulgesetz zu verankern. Die anderen Eliteschulen des Sports müsse man sich auch anschauen. Es gebe Anhaltspunkte für Kindeswohlgefährdung. Externe sollten diese Schulen weiterhin begleiten. Sie erwarte Transparenz.

Regina Kittler (LINKE) fragt, ob es eine externe Vertrauensperson gebe, die unter Wahrung der Anonymität Aussagen aufnehmen könne. Wie werde dies kommuniziert?

Dirk Stettner (CDU) meint, man müsse erst feststellen, was an den Vorwürfen dran sei, und dann über die Zukunft nachdenken. Sei sichergestellt, dass die Mitglieder der Kommission nicht ein Näheverhältnis zu im Amt befindlichem Leitungspersonal hätten? Mitglieder der Kommission hätten sich explizit für die Berufung der jetzigen Schulleitung ausgesprochen.

Roman Simon (CDU) fragt, ob die Lehrkraft, gegen die Vorwürfe erhoben worden seien, noch an der Schule sei; falls ja, wieso?

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) bekräftigt, dass es ein Frühwarnsystem geben müsse. Man richte ein Krisentelefon ein. Die externe Expertise und das Vertrauen durch die Kommission seien gegeben. Die Besetzung der Schulleiterstelle sei durch die Schulaufsicht erfolgt. Die Kommissionsmitglieder hätten ausreichende Distanz zur Schulleitung. – Vorwürfe gegen eine unterrichtende Lehrkraft seien ihr nicht bekannt. Beschuldigungen würden geprüft. – Elite bedeute nicht, dass man sich nicht an Grundregeln zu halten habe. Dies werde man überprüfen. – Die Handlungsempfehlungen werde man transparent vorstellen.

Der **Ausschuss** schließt den TOP ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Regina Kittler (LINKE) fragt, welche Verbesserungen die neue Musterausschreibung für das Schulessen bringe und ob diese mit den Caterern abgestimmt seien.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) berichtet, dass die Musterausschreibungen für das Mittagessen in einem partizipativen Prozess weiterentwickelt worden seien. Die derzeit tätigen Caterer hätten ihre Erfahrungen in diesen Prozess eingebracht. Um eine Abstimmung handele es sich nicht, da dies vergaberechtlichen Grundsätzen widersprechen würde. Es handele sich um eine europaweite Vergabe im sechsstelligen Millionenbereich, die durch die Abstimmung mit einzelnen Bietern angreifbar wäre. Bei der Ausschreibung gebe es bemerkenswerte Änderungen. Weiterhin stehe die Schule im Mittelpunkt des Vergabeverfahrens. Die Schule könne über 65 von 100 Punkten bei der Auswahl mitbestimmen. – Man werde in den Bereichen Fair Trade und Nachhaltigkeit tätig. Bei den Lunchboxen sei auf Einwegverpackungen zu verzichten. Bananen, Ananas und Reis müssten nachweislich fair trade sein. Die Bioprodukte müssten transparenter in der Schulverpflegung sein. 2014 sei ein 15-prozentiger Bioanteil gefordert worden. Dieser werde schrittweise erhöht. Ab August 2020 müssten alle Stärkebeilagen – Nudeln, Kartoffeln, Reis – bio sein. Reis müsse aus fairem Handel stammen. Ab 2021 müssten weitere Lebensmittelgruppen – Früchte, Milchprodukte – aus biologischem Anbau stammen.

Regina Kittler (LINKE) bittet, die Entlohnung der Mitarbeiter/innen zu erläutern.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) erklärt, der bisherige Festpreis – 3,25 Euro – werde ab dem 1. August 2020 auf 4,09 Euro und ab dem 1. August 2021 auf 4,36 Euro steigen. Einkalkuliert worden seien der Vergabemindestlohn mit 12,50 Euro und die Verpflichtung zu 30 Prozent Bioanteil ab 2020 und 50 Prozent ab 2021.

Roman Simon (CDU) führt aus, dass das Abgeordnetenhaus 2018 den Senat einstimmig aufgefordert habe, sich in den Tarifvertragsverhandlungen dafür einzusetzen, dass die Tarife der Erzieher/innen an den TVöD angepasst würden. Die Tarifvertragsparteien hätten sich 2019 entsprechend geeinigt. Die Details seien aber noch auszuarbeiten gewesen. Seit Anfang 2020 hätten alle Beschäftigten das Entgelt nach der neuen Tabelle bekommen sollen. In den Kita-Eigenbetrieben werde aber nicht nach der neuen S-Tabelle bezahlt, weil die technischen Vo-

raussetzungen fehlten. Sei dies dem Senat bekannt? Was habe der Senat getan, um sicherzustellen, dass ab dem 1. Januar 2020 überall nach Tarif bezahlt werde?

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) bestätigt, dass nach Abschluss der Tarifverhandlungen 2019 die Arbeit erst losgegangen sei. Denn die redaktionellen Abstimmungen mit den Tarifpartnern hätten viel Zeit in Anspruch genommen. Die Ergebnisse lägen vor und müssten in das IT-gestützte System transferiert werden. Dem Kostenblatt entsprechend könnten dann die erhöhten Personalkosten ausgezahlt werden.

Roman Simon (CDU) fragt, ob das Problem im IT-System der SenBildJugFam oder im IT-System der Eigenbetriebe liege.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) antwortet, es müsse in das Kostenblatt transferiert werden, damit SenBildJugFam auszahlen könne.

Paul Fresdorf (FDP) fragt, ab wann mit einer Umsetzung der Tarifierhöhung im Kita-Kostenblatt gerechnet werden könne.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) stellt klar, dass die S-Tabellen sich auf Sozialarbeiter und Sozialdienst bezögen. Dort befinde man sich noch in der Umsetzung. Die RSDs hätten noch nicht die höheren Tarife. In den Kitas und den Kostenblättern seien die Arbeiten abgeschlossen.

Tommy Tabor (AfD) fragt, welche Position der Senat nach dem Besuch des türkischen Generalkonsuls bei Senatorin Scheeres zu den Plänen des türkischen Präsidenten einnehme, in Berlin türkische Schulen zu errichten, insbesondere angesichts dessen, dass es in Berlin bereits Schulen mit einem Angebot der türkischen Sprache und eine Kontroverse um den Konsulatsunterricht gebe.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) berichtet, dass die Bundesregierung Verhandlungen mit der Türkei über den Abschluss eines deutsch-türkischen Schulabkommens führe. Die Verhandlungen dauerten an. Die Bundesregierung lege großen Wert auf Abstimmung mit den Ländern. Gegenstand der Verhandlungen sei die Gründung von türkischen Schulen in Deutschland. Berlin sei als möglicher Standort genannt worden. Das Abkommen diene auch dazu, den deutschen Auslandsschulen in der Türkei Rechtssicherheit zu verschaffen und ihren Erhalt zu sichern. Die Türkei wünsche die Aufnahmen von Regelungen zur Gründung türkischer Auslandsschulen in Deutschland. Man habe sich darauf geeinigt, dass die Schulen Ersatzschulen sein sollten. Dieses Recht bestehe nach dem Berliner Schulgesetz ohnehin schon. Neue Rechte über die bestehende Rechtslage hinaus sollten nicht gewährt werden.

Tommy Tabor (AfD) fragt, ob freigesetzte Konsulatslehrer nun in Moscheen ihren Unterricht fortsetzen.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) antwortet, darüber habe man keine gesicherten Erkenntnisse.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) berichtet, dass Berlin am 9. Januar 100 Jahre Volkshochschule gefeiert habe. Es habe eine große Veranstaltung im Rathaus gegeben. Dies sei ein freudiges Ereignis gewesen.

Der **Ausschuss** schließt den TOP ab.

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0033](#)
Situation von Familien mit pflegebedürftigen Kindern – Handlungsempfehlungen
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen) BildJugFam
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0068](#)
Förderung von Kindern mit Behinderungen in den Berliner Kitas – Stand und notwendige Weiterentwicklung der inklusiven Betreuung und Förderung
(auf Antrag der Fraktion der CDU) BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0223](#)
Fast ein Drittel aller Berliner Schulanfänger mit schweren gesundheitlichen und Entwicklungs-Defiziten – Welche Konsequenzen zieht der Senat aus den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchung 2017?
(auf Antrag der Fraktion der CDU) BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 14.03.2019

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) erklärt, die Anhörung sei aufschlussreich gewesen. Man habe gehört, dass die Zahlen stabil seien. Der Kitabesuch sei wichtig. Kita könne nicht alles auffangen. Zum Teil müsse man sehr viel früher anfangen. Dafür seien die Familienzentren der richtige Ansatz. – Nicht alle Bezirke nähmen am Programm gute gesunde Kita teil.

Beteiligten sich inzwischen mehr Bezirke? Wie sei die Resonanz bei den Trägern und den einzelnen Kitas?

Katrin Seidel (LINKE) meint, es könne nicht zufriedenstellen, wenn die Zahlen der Problemkinder nicht zurückgingen. Den Familien sollte der Zugang zu gesunden Lebensformen und die Information darüber leichter gemacht werden. Man habe mit dem Haushalt entsprechende Maßnahmen beschlossen. – Gebe es Pläne, das auslaufende Sprachförderprogramm Frühe Chancen fortzusetzen? – Die adäquate Betreuung der Kinder mit Sprachförderbedarf in den Kitas sei ein größeres Problem. Es gebe nach wie vor Personalmangel.

Roman Simon (CDU) bemerkt zur Anhörung, der Senat, vertreten durch StS Matz, habe dargelegt, dass die Zahlen der Kinder mit Adipositas und in Raucherhaushalten zurückgingen; Prof. Geene habe aber festgestellt, dass dies ein bundesweiter Trend sei. Es wäre schön, wenn dieser Trend in Berlin verstärkt würde. – Eine Auswertung bestehe nicht nur in Fragen, sondern auch in der Diskussion über Inhalte. – In der Anhörung habe Frau Abg. Burkert-Eulitz nach dem Kita-Integrationsstatus B plus gefragt. Heute erkläre der Senat, man sei gerade dabei. – Es wäre toll, wenn alle Bezirke sich an dem Programm gute gesunde Kita beteiligen würden. – Vor zehn Monaten hätten an „Kita mit Biss“ 5,5 Prozent der Berliner Kitas teilgenommen. Könne dazu etwas Aktuelles mitgeteilt werden? – Wie viele Kitas nähmen jetzt an „Kitas bewegen – für die gute gesunde Kita“ teil? – Werde bei der Einschulungsuntersuchung die seelische Gesundheit der Kinder erfasst? – Was sei aus der Maßnahmenplanung der Landesgesundheitskonferenz schon verabschiedet bzw. umgesetzt?

Paul Fresdorf (FDP) meint, die Stadt stehe weiterhin vor großen Herausforderungen. Die Sprachstandsförderung sei ein großes Problem. Dabei habe man ein klares Vollzugsdefizit. Solange nicht sichergestellt sei, dass Kinder, die den Sprachstandstest nicht bestanden hätten, die Kita oder eine Fördermaßnahme besuchten, werde Berlin im Bereich Bildung scheitern, weil man diese Kinder zurücklasse. Dies sei weder soziale noch Bildungspolitik. Politik werde hier seit Jahren nicht tätig.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) bemerkt, in der Anhörung sei deutlich gesagt worden, dass die Gesundheitsförderung von Kindern unter Einbeziehung seelischer Gesundheit in den Lebenswelten insgesamt verankert sein müsse, sich also nicht nur auf Kita beziehe. Die seelische Gesundheit habe mit Umgebungsbedingungen zu tun. Von jedem Bezirk, der an dem „gute gesunde Kita“-Programm teilnehme, werde die Einbringung von Ressourcen erwartet. Inzwischen beteiligten sich neun Bezirke. 340 Kitas nähmen an dem Programm teil. – Sie könne nicht genau sagen, wie das Programm „Kita mit Biss“ sich weiterentwickelt habe. Dieses verantworte die Gesundheitsverwaltung. – In der von der Senatorin eingesetzten Kommission zur Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich spiele auch die frühkindliche Bildung eine wesentliche Rolle. Man werde dort betrachten, wie man zu einer spezifischen Sprachförderung komme, um für alle gute Voraussetzungen zu schaffen. Kein Kind solle zurückbleiben oder Bildungsnachteile haben. – Für die Sozialberichterstattung habe man sehr gute Datenlagen. Man werde dem Anspruch, ein Stück voranzugehen, gerecht. Aber man dürfe nicht stehenbleiben.

Der **Ausschuss** schließt den TOP ab.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 18/1840

[0243](#)
BildJugFam

**Bericht über Aufbau und Umsetzung der
Jugendberufsagentur (Berliner
Jugendberufsagenturen für Jugendliche mit
Behinderung öffnen)**

Bericht über das Jahr 2018

**Drucksachen 18/0700 (II.B.70), 17/2019, 17/2312,
17/2726 und 18/1054**

(auf Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die
Grünen)

Stefanie Remlinger (GRÜNE) sagt, sie sei stolz, die Jugendberufsagentur mit an den Start gebracht zu haben, weil es um eine rechtskreisübergreifende, kundenorientierte Stelle gegangen sei. Sie wolle wissen, ob diese auch helfe. – Man habe eine Aufstockung der Beraterstellen beschlossen. Sei die Besetzung der Stellen inzwischen weiter? Hätten in diesem Schuljahr wieder 5 000 Schüler keinen Platz an einer beruflichen Schule bekommen? Was sei eine passende Anschlussperspektive? – Wie viele schulinterne Konzepte für das duale Lernen seien tatsächlich geschrieben worden? – Worin unterschieden sich die Empfehlungen der BSO-Teams von dem, was der Schulabschluss impliziere?

Franziska Brychey (LINKE) fragt, ob die Reha-Beratung auch an den 12 Standorten der JBA stattfinden könne. Gebe es eine Perspektive? – Man wolle, dass auch Jugendliche mit Behinderung am Standort einer JBA beraten werden könnten. – Seien die Standorte der JBA barrierefrei? – Gebe es ein Ergebnis in Bezug auf die inklusive Öffnung der JBA?

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) betont, dass eine kundenorientierte Institution geschaffen worden sei. Die Rechtskreise würden einbezogen und die diesbezüglichen Barrieren überwunden. Dies sei ein großer Schritt. Die Dinge stabilisierten sich, aber man sei noch nicht in allen Punkten angekommen. Das reibungslose Zusammenspielen sei noch nicht an allen JBA-Standorten so, wie man sich das wünsche.

Stefan Platzek (SenBildJugFam) erklärt zur Besetzung der Stellen, man sei mit 12 Berater/inne/n an beruflichen Schulen gestartet, im letzten Jahr seien es 15 gewesen, mit dem neuen Haushalt könne man 22 Stellen besetzen. Man nehme Bewerbungen aus der alten Ausschreibung und werde daher die Sollzahl zügig erreichen. – Man wisse, wer keine Anschlussperspektive habe. Diejenigen würden wieder aufgesucht. Es gebe auch Menschen, die keine Anschlussperspektive wollten; dies müsse man zur Kenntnis nehmen. Durch die Überführung des Schulversuchs IBA in die Regelform habe man 5 500 Plätze gewonnen für Menschen, die einen weiteren Schulabschluss oder Berufsausbildung wollten. – Zu den schulinternen Konzepten der BSO-Teams: Demnächst gebe es ein stadtweites BSO-Treffen in den Regionalverbänden. Qualität werde dort ein Thema sein. Daran, welches BSO-Konzept an den Schulen gelebt werde, werde fachlich gearbeitet.

Der **Ausschuss** schließt den TOP ab.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.